

Dienststelle Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten	Ort, Datum Oranienburg, 08.07.2022
	Anschrift Heinrich-Grüber-Platz 3, 16515 Oranienburg
	Kontaktstelle: Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Frau Fank
	Telefon 033093 608-13
	Telefax 033093 608-29
	E-Mail-Adresse Info[at]ravensbrueck.de
	Geschäftszeichen
	Vergabe-Nr. SBG-bH-App-Ravensbrück
	Umsatzsteuer-Identifikationsnummer DE

Ende der Frist für Bieteranfragen	Ende der Angebotsfrist	Ende der Bindefrist
25.07.2022	25.07.2022 12 Uhr	08.08.2022

Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes

Lieferung/Leistung von

Erarbeitung von Inhalten für die berlinHistory App für die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten
am Standort Ravensbrück

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist beabsichtigt, die in der anliegenden Beschreibung bezeichneten Leistungen

- in einer öffentlichen Ausschreibung
- in einer beschränkten Ausschreibung
- in einer Verhandlungsvergabe

zu vergeben.

Es gelten die beigefügten Bewerbungs-, Vergabe- und Vertragsbedingungen. Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) sowie die beigefügten Zusätzlichen Vertragsbedingungen des Landes Brandenburg und ggf. Ergänzenden und Besonderen Vertragsbedingungen werden Vertragsbestandteil.

Erklärung Unteraufträge/Eignungsleihe

Bewerber/Bieter	Vergabenummer
-----------------	---------------

Vergabeverfahren

Ich/wir beabsichtige(n), Teile des Auftrags an Unterauftragnehmer (§ 26 UVgO) zu vergeben:

Unterauftragnehmer (Firmenname, Sitz)	Angabe der übernommenen Auftragsteile/des Leistungsbereiches

(ggf. gesonderte Anlage beifügen)

Ich/Wir beabsichtige(n) zum Nachweis meiner/unserer Eignung in Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle bzw. technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe nach § 34 UVgO):

Angabe des Unternehmens (Firmenname, Sitz)	Angabe der vom anderen Unternehmen erfüllten Eignungsanforderungen

(ggf. gesonderte Anlage beifügen)

Eine entsprechend unterschriebene Verpflichtungserklärung des/der Unternehmen(s) (Formular **4.4**) ist dieser Erklärung beigefügt.

(Ort, Datum, Unterschrift, Firmenstempel)

Eigenerklärung

1. Ich/Wir erkläre(n), dass

- keine Person, deren Verhalten¹ meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach²:
 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 299a und § 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
- mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass ich/wir mich/uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen Säumnis- und Strafzuschläge verpflichtet habe(n).

1 Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

2 Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

2. Ich/wir erkläre(n), dass mein/unser Unternehmen nicht
- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 - im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung³ begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens⁴ infrage gestellt wird.
3. Ich/wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen keine Gründe vorliegen, die zu einem Ausschluss nach § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz - SchwarzArbG), nach § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (Arbeitnehmer-Entsendegesetz – AEntG) oder nach § 19 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG) führen können.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die vorstehenden Erklärungen zu 1. bis 3. auch von Unterauftragnehmern zu fordern und vor Vertragsschluss vorzulegen.

(Ort, Datum, Unterschrift, Firmenname)

Hinweis:

Sofern Sie sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, ausreichende Maßnahmen getroffen zu haben, sodass trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder Sie die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet haben. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung bzw. dem Angebot beizufügen.

3 Verfehlungen, die in der Regel zum Ausschluss des Bewerbers oder Bieters von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen, sind – unabhängig von der Beteiligungsform, bei Unternehmen auch unabhängig von der Funktion des Täters oder Beteiligten – insbesondere:

- Straftaten, die im Geschäftsverkehr oder in Bezug auf diesen begangen worden sind, u.a. Betrug, Subventionsbetrug, Diebstahl, Unterschlagung, Untreue, Urkundenfälschung, Erpressung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Vergabeverfahren.
- Das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von unerlaubten Vorteilen an Personen, die Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst Verpflichteten nahestehen, oder an freiberuflich Tätige, die bei der Vergabe im Auftrag einer öffentlichen Vergabestelle tätig werden.
- Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, die keine Straftaten sind.

4 siehe Fußnote Seite 1

Name bzw. Firmenbezeichnung des Bieters	Ort, Datum	
	Anschrift	
	Kontaktstelle	
	Telefon	Telefax
	E-Mail-Adresse	
	Geschäftszeichen des Unternehmens	
	Umsatzsteuer-Identifikationsnummer	
	Geschäftszeichen der Vergabestelle	
	Vergabe-Nr. der Vergabestelle	
	SBG-bH-App-Ravensbrück	

Angebot

Lieferung/Leistung von

Erarbeitung von Inhalten für die berlinHistory App für die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

am Standort Ravensbrück

Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes vom _____

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ausführung der beschriebenen Leistung wird hiermit zu den eingesetzten Preisen angeboten. Wir halten uns bis zum Ablauf der Bindefrist lt. o.g. Angebotsaufforderung an dieses Angebot gebunden.

Mir/Uns ist bekannt, dass, sofern sich der angebotene Preis auf Grund einer Prüfung nach der Verordnung PR Nr. 30/53 als unzulässig erweist, für einen Auftrag der preisrechtlich zulässige Preis gilt.

Dem Angebot liegen die in der o. g. Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes übersandten Bewerbungs-, Vergabe- und Vertragsbedingungen sowie die sonstigen dort genannten Bedingungen zugrunde. Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) sowie die beigefügten Zusätzlichen Vertragsbedingungen des Landes Brandenburg und ggf. Ergänzenden und Besonderen Vertragsbedingungen werden Vertragsbestandteil.

Mein/Unser Unternehmen ist in folgender Datenbank präqualifiziert:

<https://amtliches-verzeichnis.ihk.de> Angabe des Zugriffscodes: _____

_____ Angabe der Registrierungsnummer: _____

Die im Formular **3.4** genannten Angebotsunterlagen sind mit Ausnahme der in einer der o.g. Datenbanken hinterlegten Nachweise beigefügt.

Wir beabsichtigen, die Leistungen im Rahmen einer Bietergemeinschaft zu erbringen. Das ausgefüllte Formular **4.2** ist beigefügt.

Ich/Wir beabsichtige(n), Auftragsteile an andere Unternehmen zu vergeben (Unteraufträge nach § 26 UVgO). Das ausgefüllte Formular **4.3** ist beigefügt.

Ich/Wir beabsichtige(n) in Bezug auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Eignungsleihe nach § 34 UVgO) in Anspruch zu nehmen. Die ausgefüllten Formulare 4.3 und 4.4 sind beigefügt.

Ich/Wir bin/sind bevorzugte/r Bieter als Werkstatt für behinderte Menschen oder Blindenwerkstatt. Der Nachweis ist beigefügt.

Ich/Wir bin/sind bevorzugte/r Bieter nach der Frauenförderverordnung. Das ausgefüllte Formular 4.5 ist beigefügt.

Kartellerklärung

Wir gehören einer Vereinbarung/einem Kartell gem. §§ 2, 3 GWB an. Folgende Firmen sind beteiligt:

Raum für Erläuterungen:

Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Angebot die von der Vergabestelle auf dem Vergabemarktplatz Bbg ggf. zur Verfügung gestellten aktualisierten Vergabeunterlagen sowie diesbezüglichen Informationen berücksichtigt.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich mich/wir uns / sich das für den Auftraggeber tätige Personal im Falle einer Beauftragung gemäß § 1 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. 1, S. 547), geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I, S. 1942), auf die gewissenhafte Erfüllung meiner/unsere Obliegenheiten gemäß dem von Seiten des Auftraggebers mit der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes übersandten Muster der „Verpflichtung der Auftragnehmerseite nach dem Verpflichtungsgesetz“ verpflichten lassen werde(n) / wird.

Im Falle einer Auftragserteilung in einem Vergabeverfahren gemäß § 30 Absatz 1 UVgO erkläre ich mich als natürliche Person mit einer Bekanntgabe der in § 30 Absatz 1 Nr. 2 UVgO genannten Angabe (Name der natürlichen Person)

einverstanden.

nicht einverstanden.

Ich/Wir bin/sind mir/uns bewusst, dass wissentlich falsche Erklärungen den Ausschluss von dieser und von weiteren Ausschreibungen zur Folge haben können.

Unterschrift(en) /ggf. zusätzlich
Firmenstempel

Ist

- **bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter (Firma und Rechtsform) und der Name der handelnden vertretungsberechtigten natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben,**
 - **ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben oder**
 - **ein elektronisches Angebot, das signiert/gesiegelt werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/gesiegelt,**
- wird das Angebot ausgeschlossen.**

Nur für die öffentliche Ausschreibung:

Bei Bietergemeinschaften sind alle jeweiligen Mitglieder sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigter Vertreter zu benennen (s.a. Formular 4.2). Sie müssen insgesamt die Eignungskriterien erfüllen.

Wenn Sie beabsichtigen, in Bezug auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Eignungslleihe nach § 34 UVgO) in Anspruch zu nehmen, sind die ausgefüllten Formulare 4.3 und 4.4 dem Angebot beizufügen.

Nur für die Verhandlungsvergabe:

Der Zuschlag kann ohne die Aufnahme von Verhandlungen erteilt werden.

Sollten Auftragsteile an andere Unternehmen vergeben werden (Unteraufträge nach § 26 UVgO), ist das Formular 4.3 auszufüllen und dem Angebot beizufügen.

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die Zuschlagskriterien sind wie folgt:

- 30% Angebotspreis
- 70% Arbeitsprobe

Eine Angebotsabgabe auf Lose ist möglich. Der Umfang der Lose ergibt sich aus der Leistungsbeschreibung. Das Angebot kann sich erstrecken auf

alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden).

mehrere Lose.

nur ein Los.

Bei zugelassener Angebotsabgabe für mehr als ein Los:

Beschränkung der Anzahl der Lose, für die ein Bieter ein Angebot einreichen kann.

Angabe der Anzahl der Lose und ggf. Angabe einer Loskombination:

Beschränkung der Zahl der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhalten kann.

Höchstzahl der Lose: siehe Auftragsbekanntmachung

Bedingungen zur Ermittlung derjenigen Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, falls sein Angebot in mehr Losen das wirtschaftlichste ist als der angegebenen Höchstzahl an Losen:

Nebenangebote sind zugelassen.

Die zu beachtenden Mindestanforderungen ergeben sich

aus der Auftragsbekanntmachung

aus den Vergabeunterlagen.

Ihr Angebot können Sie

elektronisch

in Textform

mit fortgeschrittener elektronischer Signatur oder fortgeschrittenem elektronischen Siegel

mit qualifizierter elektronischer Signatur oder qualifiziertem elektronischen Siegel

oder

schriftlich

einreichen.

Bei elektronischer Übermittlung in Textform ist der Bieter (Firma und Rechtsform) und die handelnde vertretungsberechtigte natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/Siegel zu versehen. Das elektronische Angebot ist mit den Anlagen bis zum Ende der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle per Mail an [info\[at\]ravensbrueck.de](mailto:info[at]ravensbrueck.de) zu übermitteln.

Das Angebot sowie jeglicher Schriftverkehr mit dem Auftraggeber sind in deutscher Sprache abzufassen.

Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen des Angebotes sind bis zum Ende der Angebotsfrist in entsprechender Form wie das Angebot einzureichen.

Bis zum Ende der Angebotsfrist kann das Angebot

elektronisch über die Vergabeplattform der Vergabestelle [per Mail an info\[at\]ravensbrueck.de](mailto:info[at]ravensbrueck.de).

schriftlich oder per Telefax

zurückgezogen werden. Danach sind Sie bis zum Ablauf der umseitig genannten Bindefrist an Ihr Angebot gebunden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Unterschrift

Anlagen:

- Angebotsschreiben (Formular **3.3**)
- Information nach EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) (Formular **3.2**)
- Leistungsbeschreibung (siehe unten)
- ggf. Vertragsentwurf mit ____ Anlagen
- Zusammenstellung Angebotsunterlagen (Formular **3.4**)
- Bewerbungsbedingungen
- VOL Teil B – Text
- Zusätzliche Vertragsbedingungen des Landes Brandenburg
- Ergänzende Vertragsbedingungen
 - EVB-IT _____
 - EVB-IT _____
 - EVB-IT _____
- Besondere Vertragsbedingungen
- Ergänzende Vergabebedingung nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (Formular **5.1**)
- Vertragsbedingungen Lohnleit- und Preisanpassungsklausel (Formular **5.2**)
- Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (Formular **5.3**)
- Vereinbarung zwischen dem Bieter/ Auftragnehmer/ Nachunternehmer/ Verleiher von Arbeitskräften und (ggf. weiteren) Nachunternehmer oder Verleiher zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (Formular **5.4**)
- Ergänzung des Angebotsschreibens bei vermischten und Akkordleistungen (Formular **5.5** oder **5.6**)
- Eigenerklärung Ausschlussgründe (Formular **4.1**)
- Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft (Formular **4.2**)
- Erklärung Unteraufträge/Eignungsleihe (Formular **4.3**)
- Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (Formular **4.4**)
- Erklärung Frauenförderverordnung (Formular **4.5**)
- Kennzettel zum schriftlichen Angebot (Formular **3.5**)
- Arbeitsprobe: Point of Interest (POI) _____
- _____

Leistungsbeschreibung

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten beabsichtigt, mit der berlinHistory-App Informationen für alle Besucher:innen der Gedenkstätten anzubieten bzw. historisch interessierten Personen einen neuen digitalen Zugang zur Geschichte der historischen Orte zu ermöglichen.

Die App ist ein gemeinnützig betriebenes Portal, das ortsspezifisch multimediale Informationen zur Geschichte Berlins und seiner Umgebung bereitstellt. Sie wurde bereits von über 100.000 User:innen mit deutlich steigender Tendenz deutschlandweit und international abonniert und ist zur Zeit die nutzerstärkste und bestbewertete App ihrer Art.

Für die Konzipierung ortsspezifischer Drehbücher sowie die Erarbeitung von Inhalten und die Eingabe in das CMS der App wird ein:e Vertragsnehmer:inn gesucht.

1. Leistungsumfang

Von den Auftragnehmer:innen werden die folgenden Leistungen erwartet:

- Definition von passenden Inhalten für die App (in enger Ansprache mit der Standortleitung)
- Teilnahme an rund drei gemeinsamen Treffen zur Koordination der einzelnen Standorte
- Erstellung eines Drehbuchs
- Recherche und Bestimmung passender Materialien wie bspw. historische Fotografien, Kartenmaterialien und audiovisuelle Medien in einschlägigen Archiven
- Verfassen bzw. Aufbereitung von mediengerechten Texten
- Eingabe von Korrekturen nach Prüfung/Lektorat
- Einpflegen der Inhalte (Texte; Medien) in das CMS der App nach einer Schulung durch berlinHistory e.V.
- Testlauf und ggf. Anpassung von Inhalten entsprechend der Funktionalität der App

Für die Leistung stehe ein maximales Budget von 9.500 € (brutto) zur Verfügung.

Die Leistung ist bis zum 31.12.2022 abzuschließen und die Ergebnisse in geeigneter Form an den Auftraggeber zu übergeben.

2. Kriterien zur fachlichen Eignung:

Die folgenden fachlichen Eignungen werden vorausgesetzt:

- Kenntnisse zur Geschichte des Nationalsozialismus und zur Region Berlin/Brandenburg 1933-1945
- Umfangreiche Kenntnisse zur Geschichte des KZ Ravensbrück
- Kenntnisse der zur Geschichte des Ortes zur Verfügung stehenden Quellen und Literatur
- Erfahrung in der Archivnutzung, Kenntnis der lokalen und regionalen Archive
- Fähigkeit Texte kurz, prägnant und stilsicher zu formulieren
- Erfahrung im Umgang mit CMS-Systemen (wünschenswert, aber nicht zwingend erforderlich)

3. Arbeitsprobe

Mit dem Angebot hat der:die Bieter:in eine Arbeitsprobe einzureichen, mit folgenden Vorgaben:

Verfassen eines Point of Interest (POI):

- **Titel:** max. 40 Zeichen (wird in allen Ansichten (Karte, Register, Texteintrag) als „Überschrift“ des POIs gezeigt)
- **Untertitel:** max. 40 Zeichen (wird in den Fenstern der Kartenansicht und dem Texteintrag in weißer Schrift etwas kleiner unter dem Titel angezeigt und kann eine Kurzbeschreibung, Einordnung oder Kategorisierung sein)
- **Beschreibung:** max. 50 Zeichen (beschreibt den POI in der Registeransicht der App, kann auch dem UT entsprechen)
- **Bild:** Quellenangabe, ggf. Urheber:in, Zeitangabe, kurze Bildunterschrift.
- **Info-Text:** ca. 800 Zeichen. Die Text sollte einfach, kurz und prägnant geschrieben sein. Er richtet sich an eine breite Zielgruppe und wird auf einem mobilen Endgerät gelesen.
- **Zusätzliche Medien (Optional):** wie Bildergalerie, Audio, Video, externe Links.

Bitte erarbeiten Sie einen Point of interest zum Frauengefängnis Barnimstraße in Berlin und dessen Bezüge zum Konzentrationslager Ravensbrück.

4. Preisblatt

Pos.	Leistung	Pauschalpreis in EUR
1.	Definition von passenden Inhalten für die App (in enger Ansprache mit der Standortleitung)	_____
2.	Erstellung eines Drehbuchs	_____
3.	Teilnahme an rund drei gemeinsamen Treffen zur Koordination	_____
4.	Recherche und Bestimmung passender Materialien wie bspw. historische Fotografien, Kartenmaterialien und audiovisuelle Medien in einschlägigen Archiven	_____
5.	Verfassen bzw. Aufbereitung von mediengerechten Texten	_____
6.	Eingabe von Korrekturen nach Prüfung/Lektorat	_____
7.	Einpflegen der Inhalte (Texte; Medien) in das CMS der App nach einer Schulung durch berlinHistory e.V.	_____
8.	Testlauf und ggf. Anpassung von Inhalten entsprechend der Funktionalität der App	_____
	Summe Netto	_____
	MWST	_____
	Summe Brutto	_____

_____ Datum

_____ Unterschrift

_____ Stempel